

Finanzloch NEIN – Die Argumente

Einmal mehr wird die Bevölkerung zur Kasse gebeten

Mit der geplanten Tiefsteuerstrategie müssen Unternehmen mit den höchsten Gewinnen massiv weniger Steuern bezahlen. Dadurch fehlen Kanton und Gemeinden jedes Jahr rund 120 Millionen Franken. Firmen bezahlen damit nur noch die Hälfte aller heutigen Steuern. Die Folgen sind absehbar: Die Steuern für natürliche Personen steigen, Kanton und Gemeinden werden sparen müssen. Es drohen einschneidende Leistungskürzungen in der Spitex, im Bildungswesen, in der Sportförderung, bei der Kultur, im Strassenbau oder ein genereller Abbau der Leistungen im Gesundheitsbereich. Das schadet nicht nur der Bevölkerung, sondern auch den kleinen und mittleren Unternehmen im Kanton Solothurn.



NEIN zur Mehrbelastung von Gemeinden

Aus Gemeindesicht ist die Steuergesetzrevision unverdaulich! Die Steuerausfälle treffen viele kleine Gemeinden, die ohnehin schon jeden Franken umdrehen müssen. Von 109 Einwohnergemeinden müssen 108 mit teils massiven Steuerausfällen rechnen. Der Kanton übernimmt die Verluste der Gemeinden nur gerade im ersten Jahr vollständig, in den folgenden fünf Jahren kürzt er die Ausgleichszahlungen Jahr für Jahr. Ab dem sechsten Jahr müssen die Gemeinden ihren Ertragsausfall vollständig selber bezahlen.

Für Olten sind das rund 10 Millionen Franken jährlich, für Zuchwil 6 bis 7 Millionen, für Grenchen und Solothurn je rund 6 Millionen, für Selzach 3 Millionen und für Oensingen über 2 Millionen Franken weniger. Jahr für Jahr! Aber auch kleinere Gemeinden würden viel verlieren, zum Beispiel Egerkingen 1,8 Millionen Franken, Lohn-Ammannsegg über eine halbe Million oder Buserach rund 300 000 Franken. Die Folgen sind absehbar: Vernachlässigung der Infrastruktur wie Schulhäuser, die nicht mehr renoviert werden können, geschlossene Sportplätze, Abbau beim öffentlichen Verkehr, kein Geld mehr für Gemeindestrassen, Leistungsabbau bei Bibliotheken oder anderen öffentlichen Angeboten. Darum Nein zu einem massiven Leistungsabbau bei den Gemeinden!



NEIN zum ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den Gemeinden

Viele Gemeinden im Kanton Solothurn sind unzufrieden. Die neue Möglichkeit, den Steuerfuss für juristische Personen beliebig anzuheben, ist realitätsfremd und wirtschaftsfeindlich. Es würde ausserdem den ruinösen innerkantonalen Steuerwettbewerb verstärken. Damit Städte wie Grenchen oder Olten mit grossen Zentrumslasten diesen Ausfall wettmachen könnten, müssten sie die Steuern für

juristische Personen auf mindestens 200 Prozent erhöhen. Dies würde sogar zu einer Abwanderung von kleinen und mittleren Unternehmen führen.



NEIN zu Alibientlastungen für Privatpersonen

Wer hat, dem wird gegeben. Auch im Kanton Solothurn. Grosse Vermögen werden weiterhin viel tiefer besteuert als anderswo. Personen aber mit kleinen und mittleren Einkommen, werden in der ganzen Schweiz nirgends so hoch besteuert wie im Kanton Solothurn. Das ist nicht zu akzeptieren! Die sogenannte Entlastung für Wenigverdienende ist ein Hohn: 20 bis höchstens 110 Franken jährlich weniger Steuern bezahlen zu müssen kann nicht wirklich als eine Entlastung bezeichnet werden.



NEIN zu Steuererhöhungen für Privatpersonen

Bereits heute bezahlen Privatpersonen 87 Prozent aller kantonalen Steuereinnahmen. Mit der geplanten Tiefsteuerstrategie steigt dieser Anteil auf 95 Prozent! Wenn Firmen also noch weniger Gewinnsteuern bezahlen, fehlen wichtige Einnahmen in der Gemeinde- und Kantonskasse. Zur Kasse gebeten werden, wie immer, nicht die Grossbetriebe, sondern die Kleinen – es drohen Steuererhöhungen für Privatpersonen sowie kleine und mittlere Unternehmen.



NEIN zu überrissenen Geschenken für wenige Grossbetriebe

Die Steuersenkungen nützen nur einigen wenigen Grossbetrieben, die auch grosse Gewinne schreiben. Sie schaden jedoch dem Grossteil aller steuerpflichtigen Betriebe im Kanton Solothurn, meist kleinen und mittleren Unternehmen. Diese gehen leer aus oder zahlen sogar noch mehr. Sie müssen sich nämlich an den Gegenfinanzierungen beteiligen (FAK-

Beiträge), auch wenn sie keinen oder nur einen minimalen Gewinn erzielen. Die Drohung, dass gewinnstarke Unternehmen in Steuerparadiese abwandern und Arbeitsplätze verloren gehen, ist blosser Angstmacherei und wurde in der Vergangenheit mehrfach widerlegt. Wichtige Industrie- und Dienstleistungsbetriebe sind im Kanton Solothurn stark verwurzelt. Und: Unternehmen, die sich lediglich wegen des tiefen Steuerfusses ansiedeln, sind in der Regel hochmobil und wechseln, sobald ein anderer Kanton für sie noch attraktiver wird.



NEIN zum Abbau des Service Public

Weniger Steuereinnahmen führen über kurz oder lang zum Abbau öffentlicher Leistungen. Seit Jahren schon hat der Kanton harte Sparmassnahmen im Service Public umgesetzt: Leistungen, welche die Bevölkerung in den Städten wie auf dem Land dringend benötigen würde. Die Zitrone ist ausgepresst! Weitere Leistungskürzungen wären unausweichlich und würden ältere, pflegebedürftige Menschen und Kinder am stärksten treffen.



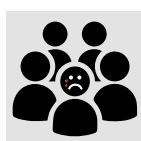
NEIN zum interkantonalen Steuerdumping

Zukunftsträchtige Unternehmen sind auf funktionierende Infrastrukturen, ein gutes Bildungssystem und qualifizierte Fachkräfte angewiesen. Der ruinöse Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen führt zu einer endlosen Abwärtsspirale und schadet der Bevölkerung wie auch den KMUs. Wohin diese Politik führt, zeigte zuletzt der Kanton Luzern, der etwa Schülerinnen und Schüler der Kantonschulen in die verlängerten Ferien schicken musste. Einen solchen Unsinn brauchen wir im Kanton Solothurn nicht. Bildung ist unser wichtigster Rohstoff!



NEIN zur Umverteilung von den Firmen an die Privatpersonen

Wenn Firmen weniger Steuern auf hohe Gewinne bezahlen, leisten sie weniger an die Finanzierung wichtiger öffentlicher Aufgaben. Bereits heute ist der Beitrag der Unternehmen sehr tief und steht in keinem Verhältnis zu den notwendigen Leistungen, welche die öffentliche Hand für sie in den Bereichen Infrastruktur, Sicherheit, Bildung, Verkehr und Erschliessung erbringt. All dies sind wichtige Standortfaktoren für die Ansiedelung von Unternehmen. Firmen sollen und können auch ihren Beitrag an die Finanzierung von öffentlichen Aufgaben leisten. Nur so bleibt der Kanton Solothurn attraktiv für bestehende und neue Unternehmen – und auch für Privatpersonen.

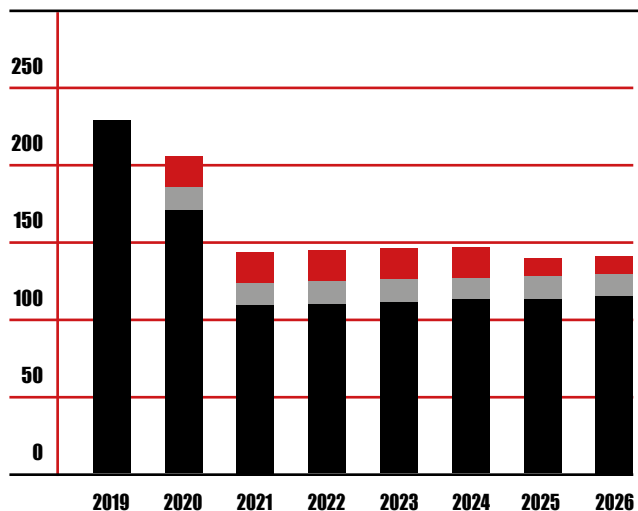


Fazit: Die Bevölkerung wird einmal mehr zur Kasse gebeten!

Die Tiefsteuerstrategie setzt völlig falsche Anreize. Sie produziert grosse Finanzlöcher bei Gemeinden und Kanton. Sie bittet die Bevölkerung zur Kasse und begünstigt Aktionäre. Sie entlastet wenige Unternehmen mit grossen Gewinnen und lässt kleine und mittlere Gewerbetreibende dafür bezahlen. Mit einer massvollen Senkung des Gewinnsteuersatzes und einer fairen Steuerentlastung natürlicher Personen könnten auch die Gemeinden fair behandelt werden und ein ausgewogenes Ergebnis wäre möglich. Die vorgeschlagene Senkung des Gewinnsteuersatzes von 21 auf 13 Prozent ist jedoch einseitig und masslos.

Deshalb NEIN zum kantonalen Steuerbschiss!

Die bisher fehlende Grafik im Abstimmungsbüchlein: Kanton Solothurn, Steuererträge der juristischen Personen inkl. Ausmass aller Gegenfinanzierungen, bei Annahme der Steuervorlage (in Mio. Fr.)



Erläuterungen:

K+G = Kanton und Gemeinden zusammengezählt

JP = Juristische Personen

Hinweis 1: Der Wert für das laufende Jahr (230 Mio.) ist gerundet und in den Abstimmungsunterlagen nicht enthalten. Es sind noch nicht alle kommunalen Budgets genehmigt. Kantonsbudget: 110,0 Mio. Fr.

Hinweis 2: Ab 2022 ist ein Zuwachs des JP-Steuerertrags (schwarze Säule) um jährlich 1% angenommen.

Gegenfinanzierungen:

Netto deswegen, weil die Entlastung der tiefen Einkommen vorerst zu einem weiteren Ertragsverlust von jährlich 11,3 Mio. Franken führt (K+G zusammen). Im Gegenzug gibt es Ertragsgewinne von jährlich 30,8 Mio. in den ersten fünf Jahren: höhere Vermögenssteuer, Beiträge der Firmen an sozial- und bildungspolitische Massnahmen. Die bildungspolitischen Massnahmen (Umfang 8,2 Mio. jährlich) laufen nach 5 Jahren, d.h. 2024 aus.